



MINISTÈRE DE LA JUSTICE

*Liberté
Égalité
Fraternité*



Paris, Freitag, 4. Februar 2022

Pressemitteilung

Informelles Treffen der europäischen Justizminister

Im Rahmen der französischen EU-Ratspräsidentschaft initiierte der französische Justizminister Éric Dupond-Moretti am 4. Februar 2022 ein Treffen mit seinen Amtskollegen aus den 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in Lille.

Die Justizminister der 27 EU-Mitgliedstaaten trafen sich am 4. Februar in der Industrie- und Handelskammer in Lille, in Anwesenheit von Didier Reynders, dem EU-Kommissar für Justiz, Juan Fernando Lopez Aguilar, dem Vorsitzenden des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE), Adrian Vazquez Lazara, dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses (JURI) des Europäischen Parlaments, und Michael O'Flaherty, dem Direktor der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte. Sie tauschten sich über die laufende Rechtsetzungsarbeit sowie über bestimmte Aspekte der Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten im Bereich Justiz aus.

Bei der morgendlichen Sitzung sprachen die Ministerinnen und Minister nach einem gemeinsamen Gedenken an die Opfer des Holocaust über das Thema der Bekämpfung von Hass. Sie erörterten zunächst die vom Direktor der Agentur für Grundrechte statuierte Feststellung eines besorgniserregenden Anstiegs von Hassbekundungen, insbesondere auf den sozialen Netzwerken, sowie von mit Hassreden verbundenen körperlichen Angriffen auf bestimmte Personengruppen. Anschließend unterstrichen die Minister, wie wichtig es ist, die Werte der Europäischen Union, nach denen jegliche Toleranz gegenüber sowie jegliche Banalisierung von Hassverbrechen und Hassreden untersagt ist, nachdrücklich zu betonen. Bei diesen ersten informellen Gesprächen brachten Sie das gemeinsame Ziel zum Ausdruck, die Hassverbrechen und Hassreden in die Liste der Straftaten (die sogenannten „Eurocrimes“), die auf europäischer Ebene festgelegt werden können, in Art. 83 des AEU-Vertrags aufzunehmen.

Das Thema Hass im Netz, und insbesondere die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen im digitalen Bereich und den Justizbehörden der EU-Mitgliedstaaten, wurde beim Treffen zwischen den Justizministern und den Vertretern von Internetkonzernen, Kent Walker, dem Vizepräsidenten für globale Angelegenheiten und Leiter der Rechtsabteilung von Google, und Markus Reinisch, dem Vizepräsidenten für öffentliche Angelegenheiten in Europa, im Beisein von Laure Beccauau, der Generalstaatsanwältin von Paris, angesprochen. Die Teilnehmenden begrüßten den konstruktiven Dialog zu diesem Thema und zeigten die erzielten Fortschritte im Bereich der Zusammenarbeit zwischen Internetkonzernen und Justizbehörden sowie denkbare kurz- und mittelfristige Fortschrittsansätze auf. Sie verständigten sich auf die Notwendigkeit, zeitnah einen europäischen Rechtsrahmen festzulegen, um die Anordnung elektronischer Beweismittel in Strafsachen zuzulassen. Daher forderten sie die

Pressekontakte:

Büro des französischen Justizministers
Tel.: +33 (0)1 44 77 63 15
secretariat-presse.cab@justice.gouv.fr
presse-justice@justice.gouv.fr

Alle Pressemitteilungen:
www.justice.gouv.fr/presse

europäischen Institutionen zu einer raschen Einigung über die Verordnung und die Richtlinie zu elektronischen Beweismitteln in Strafsachen auf.

Während des Mittagessens tauschten sich die Ministerinnen und Minister darüber aus, dass es von Interesse ist, die Alarmierungssysteme für die Bevölkerung bei Entführungen minderjähriger Kinder in Europa besser untereinander abzustimmen. Sie hoben die große Bedeutung dessen hervor, dass diese Alarmer unmittelbar nach dem Verschwinden eines minderjährigen Kindes ausgelöst werden, und betonten, dass es insbesondere in Grenzgebieten von Belang wäre, Entführungsalarmer in mehreren Ländern gleichzeitig bzw. aufeinander abgestimmt auslösen zu können. Sie erwogen die technischen Maßnahmen, die auf europäischer Ebene umgesetzt werden könnten, um diese Abstimmung zu erleichtern, und schlugen vor, dass der Rat die in Betracht gezogenen Lösungsansätze vertiefen solle.

Schließlich ging es in den Gesprächen auch um die Frage der gegenseitigen Anerkennung der Abstammung zwischen den EU-Mitgliedstaaten. Hierbei wurden einerseits die aktuellen Entwicklungen der familiären Strukturen und die unterschiedlichen Formen von Elternschaft berücksichtigt, andererseits aber auch die nationalen Befindlichkeiten im Hinblick auf Abstammung sowie die Notwendigkeit, die jeweiligen einzelstaatlichen Rechtsvorschriften in diesem Bereich einzuhalten. Gegenstand der Debatten waren insbesondere die Erhaltung und Anerkennung familiärer Bindungen und deren Wirkungen im Falle von Binnenmigration in der Europäischen Union. Die Ministerinnen und Minister tauschten sich über ihre Standpunkte zur Möglichkeit und zum Anwendungsbereich einer Initiative der Europäischen Kommission in diesem Bereich aus.

Am Ende der Debatten einigten sich die Justizminister darauf, sich am 4. März 2022 zur nächsten Sitzung des Rates der Minister für Justiz und Inneres in Brüssel zu treffen.